

# Parteiengesetz (PartG) und europäisches Parteienrecht

Kommentar

von

Prof. Dr. Stephan Rixen, Dr. Jens Kersten

1. Auflage

Parteiengesetz (PartG) und europäisches Parteienrecht – Rixen / Kersten

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](http://beck-shop.de) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Kohlhammer Stuttgart 2009

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 17 019131 0

Inhaltsverzeichnis

Vorwort ..... V  
Abkürzungsverzeichnis ..... XXV  
Literaturverzeichnis ..... XXXIII

Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) ..... 1

Kommentar ..... 21

Einleitung ..... 21

    A. Parteienrecht und Verfassungsgeschichte in Deutschland .. 21

        I. (Begriffs-)Geschichtliche Entwicklungslinien bis zum  
            Konstitutionalismus..... 21

        II. Weimarer Republik ..... 25

        III. Nationalsozialistische Herrschaft. .... 26

        IV. Politische Parteien in den vorgrundgesetzlichen  
            Landesverfassungen..... 28

        V. Insbesondere: Abschnitt über „Die Parteien“  
            in der Verfassung für das Land Baden ..... 29

        VI. DDR-Verfassungen ..... 31

            1. DDR-Verfassungen von 1949, 1968 und 1974. .. 31

            2. Revolution von 1989 ..... 32

        VII. Entstehung und spätere Änderung des Art 21 GG .. 33

            1. Entstehung des ursprünglichen Art 21 GG..... 33

            2. Änderung des Art 21 Abs 1 S 4 GG ..... 37

    B. Entstehung des Parteiengesetzes ..... 38

    C. Gesetzgebungsgeschichte, Änderungen des Parteiengesetzes 39

Erster Abschnitt     Allgemeine Bestimmungen ..... 43

§ 1     Verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben der Parteien .... 43

    A. Normprogramm ..... 44

    B. Entstehungsgeschichte ..... 45

    C. Verfassungsrechtliche Stellung der Parteien (Abs 1) ..... 47

        I. Bestandteil der freiheitlichen demokratischen  
            Grundordnung (Abs 1 S 1) ..... 47

        II. Mitwirkung an der politischen Willensbildung  
            des Volkes (Abs 1 S 2) ..... 48

            1. Funktion politischer Parteien ..... 48

            2. Institution politischer Parteien ..... 51

        III. Aufgaben (Abs 2)..... 72

            1. Grundsatz ..... 72

            2. Konkretisierung ..... 73

        IV. Programm (Abs 3)..... 79

            1. Freiheit und Rechtspflicht ..... 79

            2. Funktion ..... 79

            3. Inhalt ..... 79

        V. Mittelverwendung (Abs 4)..... 80

        VI. Rechtsschutz ..... 80

            1. Organstreitverfahren ..... 81

            2. Verfassungsbeschwerde ..... 81

    D. Gesellschaftliche Stellung ..... 81

        I. Grundrechtsfähigkeit politischer Parteien ..... 81

**Inhaltsverzeichnis**

II.	Grundrechte politischer Parteien .....	82
1.	Handlungsfreiheit .....	82
2.	Persönlichkeitsrecht. ....	82
3.	Gleichheit .....	82
4.	Glaubensfreiheit .....	83
5.	Meinungsfreiheit .....	83
6.	Informationsfreiheit .....	83
7.	Pressefreiheit .....	83
8.	Rundfunkfreiheit. ....	83
9.	Filmfreiheit .....	84
10.	Versammlungsfreiheit .....	84
11.	Vereinigungsfreiheit. ....	84
12.	Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis .....	85
13.	Freizügigkeit .....	85
14.	Berufsfreiheit. ....	85
15.	Wohnung .....	85
16.	Eigentum. ....	85
17.	Petitions- und Justizgrundrechte .....	86
III.	Rechtsschutz .....	86
§ 2	<b>Begriff der Partei</b> .....	87
A.	Normprogramm .....	88
B.	Entstehungsgeschichte. ....	90
C.	Kommentierung im Einzelnen .....	91
I.	Das Verhältnis von verfassungsrechtlichem und einfachgesetzlichem Parteienbegriff. ....	91
1.	Vorgaben der Verfassung .....	91
2.	Gebundene Verfassungsinterpretation als Aufgabe des Gesetzgebers .....	93
II.	Tatbestandliche Bestimmung des Parteienbegriffs. ...	94
1.	Vereinigung von Bürgern (Abs 1 S 1 Hs 1 und S 2)	94
2.	Einfluss auf die politische Willensbildung und parlamentarische Vertretung des Volkes als Ziel der Vereinigung .....	98
III.	Prüfungsmaßstab „Ernsthaftigkeit“ .....	103
1.	Parameter (Abs 1, S 1 Hs 3–4) .....	103
2.	Insbesondere: Sechs-Jahres-Frist (Abs 2). ....	105
IV.	Nationale Rückbindung der Partei (Abs 3). ....	105
V.	Registrierungsverfahren? .....	106
§ 3	<b>Aktiv- und Passivlegitimation</b> .....	108
A.	Normprogramm .....	108
B.	Entstehungsgeschichte .....	108
C.	Kommentierung im Einzelnen .....	109
I.	Parteifähigkeit politischer Parteien (S 1). ....	109
1.	Spezielle Regelung über die prozessuale Parteifähigkeit .....	109
2.	Verdrängende Wirkung des S 1 auch jenseits der Zivilprozessordnung. ....	110
3.	Geltung für alle gerichtlichen Verfahren .....	110
4.	Keine Geltung in nicht-gerichtlichen Verfahren ..	111
II.	Parteifähigkeit von Verbänden unterhalb der Ebene der Gesamtpartei (S 2) .....	111
1.	Satzungsrechtlicher Ausschluss der Parteifähigkeit	111
2.	Allgemeine Bestimmungen der Prozessordnungen, insbesondere § 61 Nr 2 VwGO .....	112

	3. Nichtgeltung der richterrechtlichen Korrektur des § 50 Abs 2 ZPO im Parteienrecht . . . . .	113
	4. Weitere Aspekte, insbesondere Prozessstandschaft . . . . .	114
III.	Rechtsform und Rechtsfähigkeit politischer Parteien . . . . .	115
	1. Keine Regelung zur Rechtsfähigkeit . . . . .	115
	2. Der Verein als Organisationsform politischer Parteien . . . . .	115
	3. Grundbuchfähigkeit politischer Parteien . . . . .	116
	4. Ende der politischen Partei als Verein. . . . .	117
IV.	Parteifähigkeit in verfassungsgerichtlichen Verfahren . . . . .	119
V.	Parteifähigkeit in Verfahren vor nicht-deutschen Gerichten. . . . .	120
§ 4	<b>Name</b> . . . . .	121
	A. Normprogramm . . . . .	121
	B. Namensrecht der Gesamtpartei (Abs 1) . . . . .	123
	I. Namensschutz und Prioritätsprinzip . . . . .	123
	II. Gebot der Unterscheidbarkeit . . . . .	123
	III. Wahlwerbung und Wahlverfahren . . . . .	124
	IV. Einzelprobleme . . . . .	124
	C. Namensrecht der Gebietsverbände (Abs 2) . . . . .	125
	D. Namensführungsbefugnis ausscheidender Gebietsverbände (Abs 3). . . . .	126
	E. Ansprüche wegen Beeinträchtigung des Namensschutzes und prozessuale Fragen. . . . .	126
	I. Ansprüche wegen Beeinträchtigung des Namensschutzes . . . . .	126
	II. Prozessuale Fragen. . . . .	127
§ 5	<b>Gleichbehandlung</b> . . . . .	128
	A. Normprogramm . . . . .	129
	B. Entstehungsgeschichte . . . . .	130
	I. Literarische Vorarbeiten. . . . .	130
	II. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	131
	III. Gesetzgebung. . . . .	135
	C. Kommentierung im Einzelnen. . . . .	136
	I. Verfassungsrechtliche Bedenken. . . . .	136
	II. Grundsätzliche Voraussetzungen (Abs 1 S 1) . . . . .	139
	1. Einrichtungen und andere öffentliche Leistungen . . . . .	139
	2. Anspruchsberechtigte . . . . .	140
	3. Anspruchsverpflichtete. . . . .	141
	4. Rechtsfolgen . . . . .	142
	III. Abstufung nach der Bedeutung der Parteien (Abs 1 S 2–4). . . . .	142
	1. Reichweite des behördlichen Ermessens. . . . .	142
	2. Kriterien für die Festlegung der Bedeutung. . . . .	144
	3. Fraktionsklausel (Abs 1 S 4). . . . .	146
	IV. Anwendungsbereich: Beispiele . . . . .	147
	1. Wahlwerbung in Hörfunk und Fernsehen . . . . .	147
	2. Redaktionell gestaltete Sendungen . . . . .	159
	3. Sichtwerbung im öffentlichen Verkehrsraum . . . . .	164
	4. Benutzung öffentlicher Räumlichkeiten . . . . .	166
	5. Kontoführung . . . . .	171
	V. Privilegierung der am Wahlkampf beteiligten Parteien (Abs 2). . . . .	173

# Inhaltsverzeichnis

VI.	Zulässigkeit zusätzlicher Voraussetzungen (Abs 3)...	176
VII.	Ausnahme der Parteienfinanzierung (Abs 4) .....	177
Zweiter Abschnitt <b>Innere Ordnung</b> .....		178
§ 6	<b>Satzung und Programm</b> .....	178
A.	Normprogramm .....	179
B.	Entstehungsgeschichte .....	180
C.	Kommentierung im Einzelnen .....	180
I.	Schriftliche Satzung und schriftliches Programm (Abs 1).....	180
1.	Satzung .....	180
2.	Parteiprogramme .....	182
II.	Notwendiger Satzungsinhalt (Abs 2) .....	184
III.	Pflicht zur Hinterlegung beim Bundeswahlleiter (Abs 3).....	188
IV.	Entsprechensklausel (Abs 4).....	191
§ 7	<b>Gliederung</b> .....	192
A.	Normprogramm .....	192
B.	Entstehungsgeschichte .....	194
C.	Kommentierung im Einzelnen .....	194
I.	Grundsätze territorialer Gliederung (Abs 1).....	194
1.	Gliederung in selbständige Verbände .....	194
2.	Anforderungen an die territoriale Gliederung....	197
3.	Weitere Gliederungsformen .....	200
II.	Entsprechensklausel (Abs 2).....	201
§ 8	<b>Organe</b> .....	203
A.	Normprogramm .....	203
B.	Entstehungsgeschichte .....	204
C.	Kommentierung im Einzelnen .....	204
I.	Die notwendigen Parteiorgane (Abs 1).....	205
1.	Zulässigkeit der Ersetzung der Mitglieder- durch eine Vertreterversammlung in den überörtlichen Verbänden (Abs 1 S 2) .....	206
2.	Das Rechtsverhältnis zwischen Vertretern und Entsendenden .....	207
3.	Zusammensetzung der Vertreterversammlungen..	208
4.	Zulässigkeit der Vertreterversammlung in Stadt- staaten und Ortsverbänden (Abs 1 S 3 und 4) ...	209
II.	Fakultative Organe (Abs 2) .....	210
III.	Das Verhältnis zwischen den Organen .....	212
§ 9	<b>Mitglieder- und Vertreterversammlung (Parteitag, Hauptversammlung)</b> .....	213
A.	Normprogramm .....	213
B.	Entstehungsgeschichte .....	214
C.	Kommentierung im Einzelnen .....	214
I.	Parteiinterne Organhierarchie und Terminologie (Abs 1 S 1 und 2).....	214
II.	Zusammentreten der Parteitage und Haupt- versammlungen (Abs 1 S 3) .....	216
III.	Zusammensetzung der Vertreterversammlung (Abs 2).....	216
IV.	Zuständigkeiten des Parteitags (Abs 3–5).....	219

1. Bedeutung der Norm als „Parteitagsvorbehalt“ ..	219
2. Einzelne Zuständigkeiten .....	220
V. Rechtsfolgen von Beschlussmängeln .....	222
VI. Sonstige Beteiligungsformen .....	224
<b>§ 10 Rechte der Mitglieder .....</b>	<b>225</b>
A. Normprogramm .....	226
B. Entstehungsgeschichte .....	226
C. Kommentierung im Einzelnen .....	227
I. Aufnahme in eine Partei (Abs 1) .....	227
1. Grundsatz: Freie Entscheidung über die Aufnahme. ....	227
2. Verbot von Aufnahmesperren (Abs 1 S 3) .....	229
3. Beschränkung der Mitgliedschaft (Abs 1 S 4)....	229
4. Zuständige Organe .....	229
II. Gleiches Stimmrecht, Austrittsrecht (Abs 2).....	230
1. Gleiches Stimmrecht. ....	230
2. Recht zum Austritt (S 3).....	230
III. Ordnungsmaßnahmen (Abs 3).....	231
1. Inhalt der Ordnungsmaßnahmen .....	231
2. Gründe. ....	231
IV. Parteiausschluss (Abs 4 und 5).....	234
1. Gesetzlicher Tatbestand .....	234
2. Institutionelle Vorgaben .....	238
<b>§ 11 Vorstand .....</b>	<b>239</b>
A. Normprogramm .....	239
B. Entstehungsgeschichte .....	240
C. Kommentierung im Einzelnen .....	240
I. Wahl und Mindestbesetzung von Parteivorständen (Abs 1).....	240
II. Erweiterte Zusammensetzung des Vorstands und Inkompatibilität (Abs 2).....	241
1. Nichtgewählte Vorstandsmitglieder .....	241
2. Inkompatibilität .....	242
III. Aufgabenbestimmung (Abs 3) .....	243
IV. Präsidium (Abs 4) .....	243
<b>§ 12 Allgemeine Parteiausschüsse .....</b>	<b>245</b>
A. Normprogramm .....	245
B. Entstehungsgeschichte .....	246
C. Kommentierung im Einzelnen .....	246
I. Gesetzliches Leitbild der Allgemeinen Parteiausschüsse (Abs 1) .....	246
II. Bestellung der Mitglieder .....	246
1. „auch von nachgeordneten Gebietsverbänden gewählt“ (Abs 1) .....	246
2. Mitgliedschaft kraft Satzung (Abs 2) .....	247
3. Zeitliche Begrenzung des Mandats (Abs 3).....	248
<b>§ 13 Zusammensetzung der Vertreterversammlungen .....</b>	<b>249</b>
A. Normprogramm .....	249
B. Entstehungsgeschichte .....	250
C. Kommentierung im Einzelnen .....	250
I. Regelungskontext .....	250

**Inhaltsverzeichnis**

II.	Wahl von Vertretern. ....	250
1.	Linearer Wahlmodus (S 2) ....	250
2.	Einfluss des Wahlerfolgs (S 3).....	251
III.	Beitragsabhängigkeit, zeitliche Begrenzung .....	252
§ 14	<b>Parteischiedsgerichte</b> .....	253
A.	Normprogramm .....	254
B.	Entstehungsgeschichte. ....	254
C.	Kommentierung im Einzelnen .....	254
I.	Begriff und allgemeine Stellung der Parteischieds- gerichte .....	254
II.	Aufgaben .....	256
1.	Schlichtung und Entscheidung .....	256
2.	Gegenstand .....	257
III.	Organisation .....	258
1.	Institutionelle Organisation (Abs 1) .....	258
2.	Personelle Organisation (Abs 2 und Abs 3) .....	259
IV.	Tätigkeit des Schiedsgerichts (Abs 2 S 3, Abs 4).....	260
1.	Ausgangspunkt: Sicherung der parteiinternen Unabhängigkeit (Abs 2 S 3) .....	260
2.	Schiedsgerichtsordnung (Abs 4) .....	261
V.	Insbesondere: Verhältnis zur staatlichen Gerichtsbarkeit .....	262
1.	Kein Ausschluss der staatlichen Gerichtsbarkeit ..	262
2.	Prüfungsumfang der staatlichen Gerichte .....	263
§ 15	<b>Willensbildung in den Organen</b> .....	266
A.	Normprogramm .....	266
B.	Entstehungsgeschichte. ....	267
C.	Kommentierung im Einzelnen .....	267
I.	Einfache Stimmenmehrheit als Grundprinzip (Abs 1).....	267
II.	Wahlen und Wahlrechtsgrundsätze (Abs 2) .....	269
1.	Wahlrechtsgrundsätze. ....	270
2.	Sonderproblem: Block- und Listenwahlen .....	272
3.	Rechtsfolgen des Verstoßes gegen Wahlrechtsgrundsätze. ....	277
III.	Antragsrecht (Abs 3) .....	277
IV.	Sonstige Verfahrensfragen .....	278
V.	Verbot des imperativen Mandats (Abs 3 S 3) .....	280
§ 16	<b>Maßnahmen gegen Gebietsverbände</b> .....	282
A.	Normprogramm .....	282
B.	Entstehungsgeschichte. ....	283
C.	Kommentierung im Einzelnen .....	283
I.	Maßnahmen gegen Parteigliederungen (Abs 1).....	283
1.	Verortung: Gesetzliche Vorgaben als Teilregelung	283
2.	Voraussetzungen. ....	283
3.	Zulässige Maßnahmen .....	285
4.	Insbesondere: Status der einfachen Mitglieder ...	286
II.	Nur teilweise notwendige Bestätigung der Maßnahmen (Abs 2) .....	287
III.	Überprüfung durch Schiedsgerichtsbarkeit (Abs 3)...	288

Dritter Abschnitt	<b>Aufstellung von Wahlbewerbern</b>	289
§ 17	<b>Aufstellung von Wahlbewerbern</b>	289
A.	Normprogramm	289
I.	Regelung durch Wahlrecht und Satzungen (S 2)	289
II.	Geheime Wahl (S 1)	290
B.	Entstehungsgeschichte	290
Vierter Abschnitt	<b>Staatliche Finanzierung</b>	291
§ 18	<b>Grundsätze und Umfang der staatlichen Finanzierung</b>	291
A.	Normprogramm	292
I.	Verfassungsrechtliche Rahmenvorgaben einer staatlichen Parteienfinanzierung	293
1.	Postulat der Staatsfreiheit	294
2.	Prinzip der Chancengleichheit	295
3.	Verhältnis der Gleichheit der Bürger zur Chancengleichheit der Parteien	296
II.	Geschichte der Parteienfinanzierung in Deutschland	297
III.	Drei Säulen der Parteienfinanzierung	300
B.	Grundsätze der Parteienfinanzierung (Abs 1)	301
I.	Allgemeine Aussagen	301
1.	Zweckbindung der Mittel	301
2.	Parteieigenschaft als Anspruchsvoraussetzung	301
II.	Verteilungsmaßstab	302
III.	Einnahmearten	303
1.	Mitgliedsbeiträge	303
2.	Mandatsträgerabgaben	303
3.	Spenden	304
C.	„Absolute“ Obergrenze (Abs 2)	304
I.	Allgemeine Aussagen	304
II.	Anpassung der „absoluten“ Obergrenze (Abs 6)	304
D.	Die Grundsätze der Mittelverteilung (Abs 3)	305
E.	Wahlerfolgsbezogene Anspruchsvoraussetzungen (Abs 4)	306
F.	Verhältnis von „relativer“ und „absoluter“ Obergrenze (Abs 5)	307
G.	Folgen einer Auflösung und des Verbots einer Partei (Abs 8)	308
§ 19	<b>Antragstellung für die staatliche Teilfinanzierung</b>	309
A.	Normprogramm	309
B.	Antragserfordernis	310
I.	Antrag auf Festsetzung und Auszahlung staatlicher Mittel	310
1.	Formelle Antragsvoraussetzungen	310
2.	Entbehrlichkeit des Antrags	310
II.	Antrag auf Abschlagszahlungen	311
III.	Verhältnis der Antragsarten zueinander	311
§ 19a	<b>Festsetzungsverfahren</b>	312
A.	Normprogramm	313
B.	Entstehungsgeschichte	313
C.	Festsetzungsverfahren	316
I.	Der Zeitpunkt der Festsetzung (Abs 1 S 1)	316
II.	Festsetzungs- und Auszahlungshindernisse (Abs 1 S 2)	316



## Inhaltsverzeichnis

III.	Berechnungsgrundlagen für die Mittelbemessung (Abs 2) . . . . .	317
IV.	Verlust des Anspruchs auf Teilhabe an der staatlichen Parteienfinanzierung (Abs 3) . . . . .	318
V.	Möglichkeit von Anspruchskürzungen (Abs 4 und 5) . . . . .	319
VI.	Die Mittelverteilung auf Bundes- und Landesebene (Abs 6) . . . . .	320
§ 20	<b>Abschlagszahlungen</b> . . . . .	322
A.	Anspruch auf Abschlagszahlungen . . . . .	322
I.	Bedeutung der Abschlagszahlungen . . . . .	322
II.	Die Möglichkeit der Sicherheitsleistung . . . . .	323
B.	Rückzahlung von Abschlagszahlungen (Abs 2) . . . . .	323
I.	Die Rückforderung durch „feststellenden Verwaltungsakt“ . . . . .	323
II.	Zulässigkeit einer Verrechnung . . . . .	324
C.	Mittelauszahlungen durch Bundes- und Landesverbände (Abs 3) . . . . .	325
§ 21	<b>Bereitstellung von Bundesmitteln und Auszahlungsverfahren sowie Prüfung durch den Bundesrechnungshof</b> . . . . .	326
A.	Normprogramm . . . . .	326
B.	Zuständigkeiten für die Mittelauszahlung . . . . .	326
I.	Kompetenzverteilung . . . . .	326
II.	Die Rechtsnatur der Mitteilung des Präsidenten des Deutschen Bundestages . . . . .	327
C.	Prüfung durch den Bundesrechnungshof . . . . .	328
§ 22	<b>Parteiinterner Finanzausgleich</b> . . . . .	329
A.	Normprogramm . . . . .	329
B.	Angemessene Finanzausgleich . . . . .	330
I.	„Angemessenheit“ des Finanzausgleichs . . . . .	330
II.	Subjektives Recht der Landesverbände . . . . .	330
Fünfter Abschnitt	<b>Rechenschaftslegung</b> . . . . .	331
§ 23	<b>Pflicht zur öffentlichen Rechenschaftslegung</b> . . . . .	331
A.	Normprogramm . . . . .	332
B.	Entstehungsgeschichte . . . . .	332
C.	Kommentierung im Einzelnen . . . . .	333
I.	Gesamtverantwortung, insbesondere Compliance-Verantwortung des Bundesvorstandes (Abs 1 S 1, 2) . . . . .	333
II.	Geteilte Verantwortung für die Rechenschaftslegung (Abs 1 S 3) . . . . .	335
III.	Frist zur Abgabe des Gesamtberichts (Abs 2 S 3) . . . . .	335
IV.	Form und „Einreichen“ des Rechenschaftsberichts (Abs 2 S 3) . . . . .	336
V.	Unterzeichnung der (Teil-)Rechenschaftsberichte (Abs 1 S 4–6) . . . . .	337
VI.	Prüfung durch WP (Abs 2 S 1, S 2), ungeprüfte Rechenschaftsberichte (Abs 2 S 4) . . . . .	338
VII.	(Nicht-)Veröffentlichung des Rechenschaftsberichts (Abs 2 S 3 und S 5) . . . . .	339
VIII.	Berichte über die Rechenschaftsberichte (Abs 4) . . . . .	343
IX.	Innerparteiliche Erörterung des veröffentlichten Rechenschaftsberichts (Abs 2 S 6) . . . . .	343

X.	Prüfung des Rechenschaftsberichts durch den Bundestagspräsidenten (Abs 3) . . . . .	344
XI.	Verhältnis zu landesrechtlichen Rechenschaftslegungsvorschriften . . . . .	344
§ 23a	<b>Prüfung des Rechenschaftsberichts</b> . . . . .	345
A.	Normprogramm . . . . .	346
B.	Entstehungsgeschichte . . . . .	346
C.	Kommentierung im Einzelnen . . . . .	346
I.	Prüfung durch den Bundestagspräsidenten (Abs 1 S 1, S 2) . . . . .	346
II.	Aufklärung von Verdachtslagen (Abs 2, Abs 3) . . . . .	350
1.	Verdachtsgenerierung (Abs 2 S 1) . . . . .	350
2.	Eigenaufklärung (Abs 2 S 2) . . . . .	352
3.	Fremdaufklärung im Auftrag des Bundestagspräsidenten (Abs 3) . . . . .	353
III.	Prüfbescheid (Abs 4) . . . . .	355
IV.	Berichtigungs- und Neuabgabepflicht (Abs 5) . . . . .	358
V.	Publikation berichteter Rechenschaftsberichte (Abs 6) . . . . .	361
VI.	Beschränkung der Informationsverwertung (Abs 7) . . . . .	361
§ 23b	<b>Anzeigepflicht bei Unrichtigkeiten im Rechenschaftsbericht</b> . . . . .	364
A.	Normprogramm . . . . .	364
B.	Entstehungsgeschichte . . . . .	364
C.	Kommentierung im Einzelnen . . . . .	365
I.	Selbstanzeigepflicht (Abs 1) . . . . .	365
II.	Sanktionsfreiheit nach Selbstanzeige (Abs 2 S 1) . . . . .	368
III.	Abführungspflicht (Abs 2 S 2) . . . . .	371
IV.	Rechenschaftsbericht: Berichtigung und Veröffentlichung (Abs 3) . . . . .	372
§ 24	<b>Rechenschaftsbericht</b> . . . . .	373
A.	Normprogramm . . . . .	377
B.	Entstehungsgeschichte . . . . .	377
C.	Kommentierung im Einzelnen . . . . .	378
I.	Funktionslogik, Struktur und Instrumente des Rechenschaftsberichts (Abs 1) . . . . .	378
II.	Parteienrechtsspezifische Anlehnung an das Handels(bilanz)recht (Abs 1 S 2, Abs 2) . . . . .	380
1.	Auskunftsfunktion des Rechenschaftsberichts, insbesondere zur Funktion der spezifisch parteirechtlichen GoB . . . . .	380
2.	Aufbewahrungspflichten und -fristen (Abs 2 S 2 und S 3) . . . . .	387
III.	Verhältnis der Rechenschaftsberichte von Gesamtpartei und der sonstigen Territorialverbände der Partei (Abs 3) . . . . .	388
1.	Getrennte Aufnahme der Rechenschaftsberichte in den Gesamtrechenschaftsbericht . . . . .	388
2.	Benennung von Zuwendungen und Zuwendern (Abs 3 S 2, S 3) . . . . .	388
3.	Aufbewahrung von Teilberichten durch Landesverbände (Abs 3 S 4) . . . . .	389
IV.	Einnahmenrechnung (Abs 4) . . . . .	390
1.	Die Einnahmen gem Abs 4 Nr 1–4 . . . . .	390

# Inhaltsverzeichnis

2.	Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen (Abs 4 Nr 5) . . . . .	390
3.	Einnahmen aus sonstigem Vermögen (Abs 4 Nr 6). . . . .	392
4.	Einnahmen aus Veranstaltungen uÄ (Abs 4 Nr 7). . . . .	392
5.	Staatliche Mittel (Abs 4 Nr 8) . . . . .	393
6.	Sonstige Einnahmen (Abs 4 Nr 9) . . . . .	393
7.	Zuschüsse von Gliederungen (Abs 4 Nr 10) . . . . .	394
8.	Gesamteinnahmen nach den Nummern 1 bis 10 (Abs 4 Nr 11). . . . .	394
V.	Ausgabenrechnung (Abs 5) . . . . .	394
1.	Personalausgaben (Abs 5 Nr 1) . . . . .	395
2.	Sachausgaben (Abs 5 Nr 2) . . . . .	395
3.	Zuschüsse an Gliederungen (Abs 5 Nr 3) . . . . .	397
VI.	Vermögensbilanz (Abs 6) . . . . .	397
1.	Allgemeine Struktur . . . . .	397
2.	Gliederung der Vermögensbilanz des Rechenschaftsberichts . . . . .	398
VII.	Erläuterungsteil der Vermögensbilanz (Abs 7, Abs 11) . . . . .	404
1.	Obligatorischer Erläuterungsteil (Abs 7) . . . . .	404
2.	Fakultativer Erläuterungsteil (Abs 11) . . . . .	406
VIII.	Zuwendungen natürlicher Personen (Abs 8) . . . . .	407
IX.	Zusammenfassungen des Rechenschaftsberichts (Abs 9). . . . .	407
1.	Orientierungsfunktion, ua durch Vorjahresvergleich . . . . .	407
2.	Einnahmen und Ausgaben der Gesamtpartei (Abs 9 S 1 Nr 1, Nr 2 iVm S 2) . . . . .	408
3.	Besitz- und Schuldposten der Gesamtpartei (Abs 9 S 1 Nr 4, Nr 5) . . . . .	408
4.	Reinvermögen sowie Überschuss- oder Defizitausweis (Abs 9 S 1 Nr 3, Nr 6) . . . . .	408
5.	Schlüsseldaten von Bundesverband, Landes- und nachgeordneten Gebietsverbänden (Abs 9 S 1 Nr 7) . . . . .	408
X.	Mitgliederzahlen (Abs 10) . . . . .	409
XI.	Öffentliche Zuschüsse an Jugendorganisationen (Abs 12). . . . .	409
§ 25	<b>Spenden</b> . . . . .	413
A.	Normprogramm . . . . .	415
B.	Entstehungsgeschichte. . . . .	415
C.	Spendenbegriff . . . . .	417
D.	Spendenannahmefähigkeit (Abs 1 S 1) . . . . .	418
E.	Spendenerlangung (§ 25 Abs 1 S 3 und 4). . . . .	420
I.	Weiterleitungspflicht von Parteimitgliedern (Abs 1 S 3). . . . .	420
1.	Regelungszweck . . . . .	421
2.	Spendenempfang durch ein Parteimitglied . . . . .	421
3.	Weiterleitungspflicht. . . . .	421
4.	Sanktion. . . . .	423
II.	Spendenerlangung durch die Partei (Abs 1 S 4) . . . . .	424
1.	Erlangung (Abs 1 S 4 Hs 1) . . . . .	424
2.	Nichterlangungsfiktion (Abs 1 S 4 Hs 2) . . . . .	425

F.	Spendenannahmeverbote (Abs 1 S 2 und Abs 2) . . . . .	425
I.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung. . . . .	425
II.	Verbote . . . . .	426
	1. Barspende (Abs 1 S 2) . . . . .	426
	2. Spenden von öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Fraktionen (Abs 2 Nr 1) . . . . .	428
	3. Spenden von gemeinnützigen Einrichtungen (Abs 2 Nr 2) . . . . .	431
	4. Auslandsspenden (Abs 2 Nr 3) . . . . .	431
	5. Durchlaufspenden von Berufsverbänden (Abs 2 Nr 4) . . . . .	433
	6. Spenden von öffentlichen Unternehmen (Abs 2 Nr 5) . . . . .	433
	7. Anonyme und Strohmann-Spenden (Abs 2 Nr 6) . . . . .	435
	8. Erwartungs- und Dankeschön-Spenden (Abs 2 Nr 7) . . . . .	438
	9. Provisionsspenden (Abs 2 Nr 8) . . . . .	439
III.	Weiterleitung unzulässiger Spenden (§ 25 Abs 4 PartG) . . . . .	440
G.	Offenlegung (Abs 3) . . . . .	441
I.	Rechenschaftspflicht (Abs 3 S 1) . . . . .	442
	1. Regelungszweck . . . . .	442
	2. Rechenschaftspflicht . . . . .	442
	3. Sanktion. . . . .	444
	4. Verfassungsrechtliche Bewertung . . . . .	444
II.	Ad-hoc-Anzeige- und Publikationspflicht (Abs 3 S 2 und 3) . . . . .	446
	1. Regelungszweck . . . . .	446
	2. Anzeigepflicht (Abs 2 S 3) . . . . .	446
	3. Ad-hoc-Publikation (Abs 3 S 3) . . . . .	448
H.	Parteispendensteuerrecht . . . . .	448
I.	Verfassungsrechtliche Vorgaben. . . . .	449
	1. Parteienfreiheit. . . . .	449
	2. Parteigleichheit . . . . .	449
	3. Egalitäre Gleichheit der Bürger in der Demokratie	450
	4. Exkurs: Steuerliche Begünstigung für Zuwen- dungen an kommunale Wählervereinigungen. . . . .	452
II.	Einfachgesetzliche Ausgestaltung . . . . .	453
	1. § 10b Abs 2 EStG . . . . .	453
	2. § 34g EStG. . . . .	453
§ 26	<b>Begriff der Einnahme.</b> . . . . .	454
A.	Normprogramm . . . . .	454
B.	Entstehungsgeschichte . . . . .	455
C.	Einnahmen (Abs 1) . . . . .	455
	I. Einnahmedefinition (Abs 1 S 1) . . . . .	455
	II. Einnahmefiktionen (Abs 1 S 2) . . . . .	455
D.	Saldierungsverbot (Abs 2) . . . . .	456
E.	Geldwerte Wirtschaftsgüter (Abs 3) . . . . .	456
F.	Ehrenamtliche Mitarbeit (Abs 4) . . . . .	456
	I. Unentgeltlichkeit (Abs 4 S 1) . . . . .	456
	II. Sach-, Werk- und Dienstleistungen (Abs 4 S 2) . . . . .	457
	III. Kostenersatz (Abs 4 S 3) . . . . .	457
G.	Beiträge und staatliche Mittel (Abs 5) . . . . .	457

# Inhaltsverzeichnis

§ 26a Begriff der Ausgabe	458
A. Erfasste Ausgabe (Abs 1)	458
B. Bruttonprinzip (Abs 2)	459
C. Veräußerung von Vermögensgegenständen (Abs 3)	459
D. Gebot der internen Leistungsverrechnung (Abs 4)	459
§ 27 Einzelne Einnahmearten	460
A. Normprogramm	461
B. Entstehungsgeschichte	461
C. Mitgliedsbeiträge (Abs 1 S 1)	462
D. Mandatsträgerbeiträge (Abs 1 S 2)	462
I. Begriff	462
II. Verfassungsrechtliche Bewertung	462
E. Spenden (Abs 1 S 3 und 4)	463
I. Begriff	463
1. Regelungszweck	463
2. Definition	464
3. Tatbestandmerkmale	464
4. Verfassungsrechtliche Bewertung	465
II. Einzelfälle	465
1. Aufnahmespende	465
2. Darlehen	466
3. Erbschaften und Vermächnisse	466
4. Fundraising	466
5. Öffentlichkeitsarbeit	466
6. Parallelaktionen	467
7. Sammlungen	467
8. Sonderumlage	467
9. Sponsoring	468
F. Direkt-/Abgeordnetenspende (Abgrenzung von Parteispende)	468
I. Begriff	468
II. Spendenannahmeberechtigung	468
III. Zweck	469
IV. Verfassungsrechtliche Bewertung	469
V. Abgrenzung zur Parteispende	470
1. Grundsatz	470
2. Vermutungsregeln	470
VI. Verhaltensregeln für Abgeordnetenspenden	472
1. Spendenbegriff	472
2. Spendenannahmeverbote	473
3. Rechnungsführungspflicht	473
4. Anzeigepflichten	473
5. Veröffentlichungspflichten	473
6. Sanktionen	473
VII. Steuerecht	475
G. Offenlegungs- und Erläuterungspflichten (Abs 2)	476
I. Sonstige Einnahmen (Abs 2 S 1)	476
II. Einnahmen über 10.000 Euro (Abs 2 S 2)	476
III. Erbschaften und Vermächnisse (Abs 2 S 3)	476
§ 28 Vermögensbilanz	478
A. Normprogramm	478
B. Vermögensbilanz dem Grunde nach (Abs 1)	479
I. Kriterium der Zurechenbarkeit zum Parteivermögen	479
II. Besitzpositionen als Vermögensgegenstände	479

III.	Schuldposten .....	480
IV.	Ansatzwahlrecht und Ansatzverbot .....	480
C.	Vermögensbilanz der Höhe nach (Abs 2) .....	481
I.	Anschaffungs- und Herstellungskosten (Abs 2 S 1) .....	481
II.	Abschreibungen (Abs 2) .....	481
D.	Rechenschaftspflicht unterer Parteigliederungen (Abs 3) ..	482
§ 29	<b>Prüfung des Rechenschaftsberichts</b> .....	483
A.	Normprogramm .....	483
B.	Entstehungsgeschichte .....	486
C.	Kommentierung im Einzelnen .....	486
I.	Prüfungsumfang, Stichprobenregelung (Abs 1) .....	486
II.	Kooperationspflicht (Abs 2) .....	489
III.	(Gestufte) Versicherung (Abs 3) .....	490
§ 30	<b>Prüfungsbericht und Prüfungsvermerk</b> .....	491
A.	Normprogramm .....	491
B.	Entstehungsgeschichte .....	492
C.	Kommentierung im Einzelnen .....	492
I.	Prüfungsbericht (Abs 1) .....	492
II.	Prüfungsvermerk (Abs 2) .....	494
1.	Inhalt des Prüfungsvermerks .....	494
2.	Prüfungsmaßstab .....	495
3.	Form des Prüfungsvermerks .....	495
III.	Veröffentlichungspflicht hinsichtlich des Prüfungsvermerks .....	497
IV.	Rechtsfolgen bei Verstößen .....	497
§ 31	<b>Prüfer</b> .....	499
A.	Normprogramm .....	499
B.	Entstehungsgeschichte .....	501
C.	Kommentierung im Einzelnen .....	501
I.	Personenbezogene Ausschlussgründe (Abs 1) .....	503
II.	Institutionenbezogene Ausschlussgründe (Abs 2) .....	504
III.	Fehlen von Sanktionsregelungen .....	505
IV.	Berufspflichten (Abs 3) .....	506
Sechster Abschnitt	<b>Verfahren bei unrichtigen Rechenschaftsberichten sowie Strafvorschriften</b> .....	507
§ 31a	<b>Rückforderung der staatlichen Finanzierung</b> .....	507
A.	Normprogramm .....	508
B.	Entstehungsgeschichte .....	508
C.	Regelungszweck .....	508
D.	Rücknahme der Festsetzung staatlicher Mittel (Abs 1 und 2) .....	508
I.	Zuständigkeit .....	508
II.	Rücknahmevoraussetzungen .....	509
1.	Fehlerhafter Rechenschaftsbericht .....	509
2.	Fehlerhafte Festsetzung staatlicher Mittel .....	509
3.	Rechenschaftsberichtsberichtigung .....	509
4.	Vertrauensschutz .....	510
III.	Rücknahmeentscheidung .....	510
IV.	Ausschlussfrist .....	510

# Inhaltsverzeichnis

E.	Festsetzung und Verrechnung des zu erstattenden Betrages (Abs 3) . . . . .	511
I.	Festsetzung. . . . .	511
II.	Verrechnung. . . . .	511
F.	Festsetzungen und Zahlungen an die übrigen Parteien (Abs 4) . . . . .	511
G.	Parteisetzungen (Abs 5). . . . .	512
H.	Rechtsschutz . . . . .	512
§ 31b	Unrichtigkeit des Rechenschaftsberichts . . . . .	513
A.	Normprogramm . . . . .	513
B.	Entstehungsgeschichte . . . . .	513
C.	Kommentierung im Einzelnen . . . . .	514
I.	§ 31b als präventive Sanktions(auffang)norm . . . . .	514
II.	Finanzielle Sanktionierung von Unrichtigkeiten im Regelfall (S 1) . . . . .	514
III.	Finanzielle Sanktionierung von Unrichtigkeiten in Sonderfällen (S 2). . . . .	518
IV.	Rechtsform der Sanktionierung (S 3) sowie weitere Voraussetzungen (S 4) . . . . .	520
1.	Handlungsform und Rahmenbedingungen . . . . .	520
2.	Unzulässigkeit von Stundung, Niederschlagung und Erlass des Zahlungsanspruchs . . . . .	521
§ 31c	Rechtswidrige erlangte oder nicht veröffentlichte Spenden. . . . .	523
A.	Normprogramm . . . . .	523
B.	Entstehungsgeschichte . . . . .	523
C.	Verstoß gegen Spendenannahmeverbote (Abs 1 S 1) . . . . .	524
I.	Voraussetzungen . . . . .	525
II.	Anspruch . . . . .	525
D.	Verstoß gegen die Veröffentlichungspflicht (Abs 1 S 2) . . . . .	525
I.	Voraussetzungen . . . . .	526
1.	§ 31c Abs 1 S 2 iVm § 25 Abs 3 S 1. . . . .	526
2.	§ 31c Abs 1 S 2 iVm § 25 Abs 3 S 2 und 3. . . . .	526
II.	Anspruch . . . . .	527
E.	Anspruchsrealisierung (Abs 1 S 3 und 4). . . . .	527
F.	Anspruchsverwertung (Abs 2). . . . .	527
G.	Rechtsschutz . . . . .	527
§ 31d	Strafvorschriften . . . . .	528
A.	Entstehungsgeschichte . . . . .	529
B.	Charakter und Bedeutung der Vorschrift. . . . .	530
I.	Rechtsgut. . . . .	530
II.	Deliktsnatur. . . . .	531
III.	Kriminalpolitische Bedeutung der Vorschrift . . . . .	532
C.	Tatbestände des Abs 1 und Abs 2 . . . . .	533
I.	Tathandlungen des Abs 1. . . . .	533
1.	Tatgegenstand . . . . .	534
2.	Bewirken unrichtiger Angaben (Var 1) . . . . .	535
3.	Unrichtigen Rechenschaftsbericht einreichen (Var 2) . . . . .	536
4.	Spendenstückelung (S 1 Nr 2) . . . . .	538
5.	Nichtweiterleiten einer Spende (S 1 Nr 3). . . . .	539
II.	Subjektiver Tatbestand. . . . .	542
1.	Bedingter Vorsatz . . . . .	542
2.	Irrtümer . . . . .	544

3.	Verschleierungsabsicht . . . . .	545
4.	Umgehungsabsicht . . . . .	546
III.	Strafbefreiende Selbstanzeige (Abs 1 S 2) . . . . .	547
1.	Ratio der Möglichkeit zur Selbstanzeige. . . . .	547
2.	Voraussetzungen . . . . .	548
3.	Umfang der Offenbarungspflicht . . . . .	549
IV.	Strafbarkeit der Prüfer und ihrer Gehilfen (Abs 2) . . . . .	550
1.	Täterkreis. . . . .	551
2.	Tathandlungen des Abs 2 . . . . .	552
3.	Subjektiver Tatbestand. . . . .	555
4.	Qualifikationstatbestand (Abs 2 S 2) . . . . .	556
V.	Täterschaft und Teilnahme . . . . .	558
D.	Konkurrenzen. . . . .	558
I.	Mehrfache Verletzung des § 31d . . . . .	559
II.	Verhältnis zu anderen Normen . . . . .	559
E.	Rechtsfolgen . . . . .	560
Siebter Abschnitt Vollzug des Verbots verfassungswidriger Parteien		561
§ 32	Vollstreckung. . . . .	561
A.	Normprogramm . . . . .	562
B.	Entstehungsgeschichte . . . . .	562
C.	Kommentierung im Einzelnen. . . . .	562
I.	Zuständigkeit für die Vollstreckung des Parteiverbots (Abs 1) . . . . .	562
1.	Parteiverbot (Art 21 Abs 2 GG) . . . . .	562
2.	Alle erforderlichen Vollstreckungsmaßnahmen im Rahmen der Gesetze . . . . .	567
3.	Hauptadressaten der Vollstreckungsmaßnahmen . . . . .	569
4.	Zuständigkeitsbestimmung durch die Landesregierung . . . . .	569
5.	Weisungsrecht der obersten Landesbehörden . . . . .	570
II.	Vollstreckungssteuerung durch das Bundesinnenministerium (Abs 2) . . . . .	570
III.	Kompetenz des Bundesverfassungsgerichts zur abweichenden Vollstreckungsregelung (Abs 3) . . . . .	571
IV.	Rechtsschutz gegen Vollstreckungsmaßnahmen (Abs 4) . . . . .	573
V.	Vermögenseinziehung (Abs 5) . . . . .	574
D.	Anhang (§§ 10–13 VereinsG, DVO-VereinsG) . . . . .	576
	Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) . . . . .	576
	DVO-VereinsG (Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts – Vereinsgesetz) . . . . .	578
§ 33	Verbot von Ersatzorganisationen . . . . .	585
A.	Normprogramm . . . . .	585
B.	Entstehungsgeschichte . . . . .	585
C.	Kommentierung im Einzelnen. . . . .	586
I.	Verbot der Bildung von Ersatzorganisationen (Abs 1) . . . . .	586
II.	Entscheidungsmonopol des Bundesverfassungs- gerichts hinsichtlich privilegierter Parteien (Abs 2) . . . . .	587
III.	Anwendung des VereinsG auf andere Parteien und Vereine (Abs 3) . . . . .	588
IV.	Anhang (Auszüge aus VereinsG und BVerfGG) . . . . .	589



**Inhaltsverzeichnis**

Achter Abschnitt    **Schlussbestimmungen** ..... 592

§ 37    **Nichtanwendbarkeit einer Vorschrift  
des Bürgerlichen Gesetzbuchs** ..... 592

    A. Normprogramm ..... 592

    B. Entstehungsgeschichte ..... 592

    C. Kommentierung im Einzelnen ..... 593

        I. Unanwendbarkeit des § 54 S 2 BGB. .... 593

        II. Weitere Regelungsaspekte ..... 595

            1. Bürgerlich-rechtliche Streitigkeiten (§ 13 GVG) .. 595

            2. Privates Vereinsrecht ..... 595

§ 38    **Zwangsmittel des Bundeswahlleiters** ..... 597

    A. Normprogramm ..... 597

    B. Entstehungsgeschichte ..... 597

    C. Kommentierung im Einzelnen ..... 598

        I. Umfang der Mitteilungspflichten ..... 598

            1. Inhalt ..... 598

            2. Verpflichteter ..... 599

        II. Sanktionsmöglichkeit: (Nur) Zwangsgeld ..... 599

§ 39    **Abschluss- und Übergangsregelungen** ..... 600

    A. Normprogramm ..... 600

    B. Aufhebung von Landesrecht (Abs 1) ..... 600

    C. Bemessung staatlicher Mittel und Rechenschaftspflicht  
        (Abs 2) ..... 601

    D. Fremdwirtschaftsprüfer und Rechenschaftsberichte  
        (Abs 3) ..... 602

    E. Bewertung von Vermögensgegenständen (Abs 4)..... 602

**Europäisches Parteienrecht** ..... 604

**Art 191 EGV [Politische Parteien]** ..... 604

        A. Normprogramm ..... 607

        B. Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte ..... 608

            I. Parlamentarische Initiative ..... 608

            II. Vertrag von Maastricht ..... 608

            III. Vertrag von Nizza ..... 609

            IV. Charta der Grundrechte ..... 610

                1. Grundrechtskonvent ..... 610

                2. Regelungsgehalt ..... 614

            V. Europäischer Verfassungsvertrag ..... 615

            VI. Vertrag von Lissabon ..... 616

        C. Primärrecht für politische Parteien auf europäischer Ebene  
            (Art 191 Uabs 1 EGV) ..... 616

            I. Parteienbegriff ..... 617

            II. Verfassungsrechtliche Stellung der Parteien ..... 620

                1. Verfassungsrechtliche Institution ..... 620

                2. Verfassungsrechtliche Funktionen ..... 621

            III. Europäische Parteienfreiheit ..... 624

            IV. Europäische Parteigleichheit ..... 624

        D. Sekundärrecht für politische Parteien auf europäischer Ebene  
            (Art 191 Uabs 2 EGV) ..... 625

            I. Parteien-Verordnung (Verordnung [EG] Nr 2004/2003) 625

                1. Regelungsinhalt ..... 625

                2. Regelungsverfahren ..... 625

	3. Rechtsentwicklung.....	625
II.	Parteienbegriff (Art 2 Nr 1–3 Parteien-VO).....	627
	1. Regelungszweck.....	627
	2. Regelungstechnik.....	627
	3. Politische Partei (Nr 1).....	628
	4. Bündnis politischer Parteien (Nr 2).....	628
	5. Politische Parteien auf europäischer Ebene (Nr 3).....	628
III.	Parteivoraussetzungen (Art 3 Abs 1 Parteien-VO)...	629
	1. Rechtspersönlichkeit (lit a).....	629
	2. Transnationalität (lit b).....	629
	3. Strukturelle Homogenität (lit c).....	630
	4. Wahlbeteiligung (lit d).....	630
IV.	Organisationsfreiheit.....	631
	1. Grundsatz.....	631
	2. Ausgestaltung.....	631
V.	Europäische Parteienfinanzierung (Art 4 Abs 1–3 Parteien-VO).....	632
	1. Primärrechtliche Grundlagen.....	632
	2. Aufforderung.....	632
	3. Antrag.....	633
	4. Antragsunterlagen.....	633
	5. Entscheidung.....	634
	6. Unterrichtung.....	634
	7. Finanzierungsvereinbarung.....	634
	8. Zahlung.....	635
	9. Aussetzung und Kürzung der Finanzhilfe.....	635
VI.	Nachprüfung (Art 5 Abs 1–3 Parteien-VO).....	636
	1. Regelmäßiges Nachprüfungsverfahren (Abs 1)...	637
	2. Nachprüfungsverfahren auf Antrag (Abs 2).....	637
	3. Rechtsfolgen (Abs 3).....	639
	4. Rechtsschutz.....	639
	5. Kritik: „Eine Art Parteienverbotsverfahren“...	639
VII.	Transparenzpflichten (Art 6 Abs 1–3 Parteien-VO)...	642
	1. Rechenschaftspflicht (Abs 1).....	642
	2. Spenden (Abs 2).....	643
	3. Mitgliedbeiträge (Abs 3).....	644
	4. Sanktionen.....	645
VIII.	Finanzierungsverbot (Art 7 Abs 1 Parteien-VO).....	645
IX.	Ausgabenarten (Art 8 Parteien-VO).....	646
	1. Zweckbindung.....	646
	2. Wahlkampfausgaben.....	646
	3. Referendumsausgaben.....	647
	4. Sanktion.....	647
X.	Finanzkontrolle (Art 9 Parteien-VO).....	647
	1. Finanzplanung.....	647
	2. Kontrolle.....	647
	3. Rücklagenbildung.....	647
	4. Rückzahlung.....	648
	5. Unterlagen und Informationen für den Rechnungshof.....	648
XI.	Transparenz (Art 9a Parteien-VO).....	648
XII.	Aufteilung der Mittel (Art 10 Parteien-VO).....	649
	1. Mittelverteilung.....	649
	2. Relative Parteienfinanzierungsobergrenze.....	650
XIII.	Technische Unterstützung (Art 11 Parteien-VO)...	652
XIV.	Berichterstattung (Art 12 Parteien-VO).....	652

**Inhaltsverzeichnis**

E.	Sekundärrecht für politische Stiftungen auf europäischer Ebene (Uabs 2) . . . . .	652
I.	Verordnung (EG) Nr 1524/2007 . . . . .	653
II.	Stiftungsbegriff (Art 2 Nr 4 Parteien-VO) . . . . .	653
III.	Stiftungsaufgaben (Art 2 Nr 4 Parteien-VO) . . . . .	653
	1. Funktionen politischer Stiftungen . . . . .	653
	2. Abgrenzung von den Aufgaben der politischen Parteien . . . . .	654
IV.	Stiftungsvoraussetzungen (Art 3 Abs 2 und 3 Parteien-VO) . . . . .	654
	1. Voraussetzungen für eine politische Stiftung (Art 3 Abs 2 Parteien-VO) . . . . .	654
	2. Verhältnis politischer Parteien und politischer Stiftungen (Art 3 Abs 3 Parteien-VO) . . . . .	655
V.	Finanzierung (Art 4 Abs 4–7 Parteien-VO) . . . . .	655
VI.	Nachprüfung (Art 5 Abs 4–6 Parteien-VO) . . . . .	656
	1. Selektives Prüfungsverfahren für politische Stiftungen . . . . .	656
	2. Antragsverfahren (Art 5 Abs 4 und 6 Parteien-VO) . . . . .	656
	3. Folgenakzessorietät von Parteienprüfverfahren (Art 5 Abs 5 Parteien-VO) . . . . .	657
	4. Rechtsschutz . . . . .	657
VII.	Transparenzpflichten (Art 6 Abs 1, 2 und 4 Parteien-VO) . . . . .	657
	1. Rechenschaftspflicht (Abs 1) . . . . .	657
	2. Spenden (Abs 2) . . . . .	657
	3. Beiträge (Abs 4) . . . . .	657
VIII.	Finanzierungsverbot (Art 7 Abs 2 Parteien-VO) . . . . .	658
IX.	Transparenz (Art 9a Parteien-VO) . . . . .	658
	<i>Stichwortverzeichnis</i> . . . . .	673